Eingangsstatement am 21. Juli 2022 von Jens Schubert

Als erstes gilt unser Dank Herrn Dr. Rosemann als Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag für Ihr Kommen. Auch dem EFAS sei gedankt, der mit seinen Ressourcen dieses Format erst ermöglicht hat.

Beginnen möchte ich unseren Dialog mit einem Zitat aus dem Bundestag von 2003. „Wir werden Leistungen des Staates kürzen, Eigenverantwortung fördern und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abfordern müssen.“ Diese Worte haben eine bis heute umstrittene Reform in vielen sozialen Bereichen in Gang gesetzt. Auslöser dieser Reformen war der massive Reformstau aus der Vorgängerregierung und die massive Kostenexplosion aus der Nachwendezeit.

Hierauf folgten einige weitere Krisen, wie die Bankenkrise und Eurokrise. Parallel hierzu, wurden einige Betrugsskandale öffentlich bekannt. Dazu gehörten die sogenannten CUM-CUM, CUM-EX Geschäft sowie auch Mehrwertsteuerbetrug – auch „Lost-Trader“ genannt. Der wohl prominenteste Fall ist die Causa Ulli Heoneß, der wegen Steuerbetrug verurteilt wurde. Solche Fälle verursachen einen weitaus höheren volkswirtschaftlichen Schaden als der vermeintliche „Sozialbetrug“! Aber auf der anderen Seite haben Menschen mit Armutserfahrung kein „Gesicht“ in der öffentlichen Wahrnehmung.

Die noch andauernde Corona Pandemie stellt alle bisherigen Krisen in den Schatten. Kurz nachdem die ersten Lockdown-Maßnahmen ergriffen wurden, wurde allen Bevölkerungsschichten schlagartig bewusst, was es bedeutet, von sozialen Kontakten abgeschnitten zu sein. Dennoch wurden schon die ersten Rufe nach Lockerungen laut. Dies wurde mit den psychischen Folgen begründet. Darüber hinaus wurde deutlich, dass die Digitalisierung bisher mangelhaft ausgestaltet ist. Vor allem bei Menschen mit Armutserfahrung. Pikant war (und ist), ärmere Menschen wurden und werden häufiger wegen Covid-19 intensivmedizinisch behandelt als Wohlhabende. Ein großer Teil der Gesellschaft kann mehr und mehr ihren Aktivitäten nachgehen, nachdem die meisten Corona Maßnahmen aufgehoben wurden. Armutserfahrene hatten schon weit vor der Zeit von Corona einen Lockdown. Dieser Dauerlockdown hat bei uns nur einen anderen Namen: Hartz-IV!

Damit nicht genug! Daneben werden wir Armutserfahrene auch noch zusätzlich stigmatisiert mit Äußerungen wie: Faules Pack, welches nur Geld kostet, dies sind nur zwei Beispiele von Vielen. Darüber hinaus werden wir auch noch gemieden und ausgegrenzt. Dies müssen wir Armutserfahrene jeden Tag ertragen, ohne dass dies jemand interessiert. Dies verursacht nicht nur psychische Folgen, sondern erzeugt darüber hinaus bei nicht gerade wenigen Betroffenen Frust und Gleichgültigkeit. Dies schlägt sich an der Wahlurne nieder, entweder es wird nicht gewählt oder die radikalen Parteien bekommen Zulauf.

Zusätzlich macht die aktuelle Inflation eine Teilhabe in allen Bereichen nahezu unmöglich! Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Teuerungsrate so hoch wie seit 50 Jahren nicht mehr. Dies begründet die Behörde mit der Corona-Krise und den gestörten Lieferketten. Zusätzlich befeuert der völkerrechtswidrige Krieg in der Ukraine diesen Preisanstieg! Bei Lebensmittel – zum Beispiel – ist dies ein Kaufkraftverlust von 8,5% (ü. 12€), dieser Verlust ist im Januar bis in den Juli auf 16,4% (ü. 24€) angestiegen, auf Basis des RBEG 2020. Dies bedeutet, entweder weniger Essen oder dieses Defizit muss aus anderen Abteilungen (RBEG) finanziert werden. Somit kumuliert sich dies über alle Abteilungen hinweg von über 23€ im Januar bis hin in den Juni von rund 40€. Im Gegenzug gab es eine Regelsatzanpassung im Januar 20-22 von nur 0,7% bzw. 3€. Dies bedeutet: Die Inflation sanktioniert uns, ohne dass wir hierauf Einfluss nehmen können. Die Bundesregierung muss zeitnah reagieren, das hatte das Bundesverfassungsgericht bereits mehrfach entschieden!

Diese existenzbedrohende Preissteigerung wurde auch in einer Kurzexpertise für die Diakonie Deutschland vom 13. Juli 20-22 deutlich. Hierbei wurde von den Forschenden festgestellt, dass die untersten Dezile übermäßig belasten werden, um nur die notwendigsten Grundbedürfnisse wie Wohnen, Lebensmittel und Energie zu finanzieren. Im Gegenzug nimmt der existenzbedrohende Zustand bei oberen Dezilen Stück für Stück ab. Dadurch wurde deutlich, dass die untersten Dezile über 60% des Einkommens für die existenznotwendigen Ausgaben bereithalten müssen. Dieses Verhältnis nimmt über die untersten Dezile bis hin zu den oberen Gruppen auf 44% ab. Im Rahmen der Präsentation wurde vom Ulrich Lilie, Vorstand Diakonie Deutschland und Prof. Marcel Fratscher, Leiter des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung, davor gewarnt, dass ein Nichtstun den sozialen Frieden und DIE Demokratie gefährdet!

Ein weiterer Preistreiber ist die Einführung eines CO² Preis je Tonne, die imitiert wird. Hierbei müssen wir Armutserfahrene diesen Preis in voller Höhe tragen, obwohl wir weit weniger als die Hälfte CO² imitieren als der Bundesdeutsche Durchschnitt. Dies beruht auf Datenbasis des Umweltbundesamtes in Verbindung mit eigenen Berechnungen! Aber…. Wie es scheint ist noch lange keine Lösung in Sicht – Stichwort Klimageld?

Somit fordern wir – NEIN – wir erwarten, - auch eine Zeitenwende Post Hartz-IV! Auch wir Armutserfahrene und Grundsicherungsbezieher haben einen würdevollen und respektvollen Umgang auf Augenhöhe verdient. Damit wir unsere Teilhabe in allen Bereichen wie „Der Sozialen Teilhabe“; Der Demokratischen Teilhabe“ und „Der Digitalen Teilhabe“ nachhaltig sowie selbstbestimmt mit Leben füllen können. Dies Bedeutet: Schluss mit der Mangelwirtschaft, die uns an den untersten Rand der Gesellschaft geführt hat! Somit schließen wir uns vielen weiteren Sozialpartner an, dass die Regelsätze unabhängig von der Kassenlage massiv erhöht und krisenfest ausgestaltet werden müssen! Wir sind gerne bereit, bei diesen Prozess tatkräftig zu unterstützen!

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung: Nach nahezu 40 Jahre in mit diesem Sozialsystem musste ich Vieles ertragen. Gewalt in der Schulzeit; 5 Jahre Erziehungshilfe; nahezu 30 Jahre in der Arbeitsvermittlung, davon 14 Jahre Hartz-IV und zuletzt die alltägliche Stigmatisierung; Ausgrenzung und das Unerwünschtsein. Verschärfend hinzu, kommt noch meine psychische Erkrankung und Schwerbehinderung, was die Sache nicht besser macht und damit bin ich nicht allein. Somit ist mein Vertrauen auf allen Feldern, wie in die Politik, Verwaltung, Gesellschaft und Wirtschaft völlig erloschen. Somit meine Frage: Wie wollen SIE mein Vertrauen wieder anfachen? Die Teilhabe ist divers, wie unsere Gesellschaft. Wir haben zu reden. Somit übergebe Ich das Wort an meine Mitstreitenden zum Thema soziale Teilhabe.